P r o t o k o l l

der 4. Sitzung des Studentenparlamentes der Amtsperiode 1961/62 am 24. Januar 1962 im Mensacafé der Otto-Berndt-Halle

Beginn: 18.22 Uhr

Anwesende stimmberechtigte Parlamentsmitglieder:

Eckhardt, Sint, Lavies, Kümmel, Hofmann, Rolfes, Beyer, Harries, Nagel, Ziethen, Bredemeyer, Kluge, Völkel, Schlotter, Welvers, Mörchen, Brunn, Basedow, Fueß, Heyden.

Es fehlten unentschuldigt:

Karakas, Fichtner, El-Busati, Mittelstaedt, Haubrich, Glaser.

Vorstand und Referenten:

Paul, Schramm, Liedgens, Schütz, Kaufmann, Rauck, Mosig, Bub

Ältestenrat:

Fitjer, Przygodda, Schlechter

Gäste:

Sporleder, Mohamadian, Mauritz, Kuhn, Setzer, Schmidt, Flagge

Der Präsident, Herr Schlechter, eröffnet die Sitzung.

Der Präsident wünscht dem Parlament eine erfolgreiche Tätigkeit im neuen Jahr.

Sodann erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen und gedenken in einer Schweigeminute dem verstorbenen Kommilitonen Johannes Ranke.

A.) Festlegung der Tagesordnung:

In die Tagesordnung werden als Punkt 1.) und 2.) aufgenommen:

1.) Nachtragshaushalt

2.) Dringlichkeitsantrag des Vorstandes

Die alte Tagesordnung wird mit entsprechend anderer Nummerierung daran angeschlossen. Diese Tagesordnung wird vom Parlament genehmigt.

B.) Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung:

Herr Lavies beantragt eine Änderung des Protokolls; auf Seite 13 heißt es dort: "Herr Lavies beschwert sich in erregtem Ton darüber, daß er als gesamtdeutscher Referent von der Aktion nicht benachrichtigt wurde"

Das Wort "nicht" ist zu ersetzen durch "erst während dieser Sitzung".

Das Protokoll wird in seiner so abgeänderten Form vom Parlament genehmigt.

Punkt 1 Nachtragshaushalt:

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag des Vorstandes vor:

"Das Parlament möge beschliessen:

Der Vorstand des Allgemeinen Studentenausschusses wird ermächtigt, die Anschaffungskosten für die neue Schreibmaschine in Höhe von DM 375,-- aus dem Finanzkonto zu decken."

Herr Schramm bittet um Genehmigung der Anschaffung, die deshalb notwendig war weil eine neue Schreibkraft eingestellt werden soll. Die Maschine kostet normalerweise ca. DM 900,--. Sie wurde von der Herstellerfirma freundlicherweise zu dem Selbstkostenpreis von DM 375,-- zur Verfügung gestellt.

Herr Bredemeyer schlägt vor, auch an die IBM mit der Bitte heranzutreten, eine Maschine zu spenden.

Herr Schramm: Das ist geschehen, doch ohne Erfolg.

Herr Harries schlägt vor, die Maschine von dem Geld zu bezahlen, das durch das Fehlen der geplanten Schreibkraft bis zum 1. April eingespart wird.

Herr Liedgens: Nicht möglich, da die neue Schreibkraft ab 1. April sowieso teurer ist als geplant.

Herr Schramm: Die Umbuchung ist nach der Finanzordnung nicht möglich.

Abstimmung über den Antrag:

18 : 0 : 1 angenommen.

Punkt 2

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag des Vorstandes vor:
D.P.m.b.:

"Den Herren Beck und Hippmann werden in Anerkennung ihrer Tätigkeit beim Hochschulfest 1961 je DM 50,-, den Herren Kuhn und Lavies je DM 100,- aus dem Hochschulfestkonto ausbezahlt".

Herr Schramm: Die vier Herren haben sich um das Hochschulfest sehr verdient gemacht. Es ist gerechtfertigt, ihnen eine kleine Entschädigung zuzubilligen, insbesondere da auf dem Hochschulfestkonto ein ansehnlicher Betrag steht. Dies ist auch ein Anreiz dafür, daß sich für das Hochschulfest 1962 wieder Leute zur Verfügung stellen, damit es wieder in ähnlichem Rahmen stattfinden kann.

Herr Kümmel: soll das eine Aufwandsentschädigung oder eine Anerkennung sein ?

Herr Schramm: beides! Die Organisation des Hochschulfestes ist keine ureigene Aufgabe des AStA, deshalb sollte die Arbeit irgendwie honoriert werden.

Abstimmung:

15 : 0 : 4 angenommen.

3.) Mensa-Bericht des Vorstandes

Herr Schramm gibt einen Überblick über die Situation des Studentenwerkes. Im vergangenen Jahr wurde das Mensaessen zum Teil aus Zuschüssen bezahlt. Diese wurden jedoch immer geringer, so daß das Studentenwerk gezwungen war, auf eigene Finanzreserven zurückzugreifen. Da das Studentenwerk gleichzeitig noch andere Dinge finanzieren mußte (Wohnheimbau, Umbauten etc.), wurde bald die Liquiditätsgrenze erreicht, und die Qualität der Essen konnte nicht mehr gehalten werden. Das bedeutet im Augenblick, daß das Studentenwerk einen einmaligen Zuschuß braucht, um das durch Mehr-Zuschüsse an der Mensa entstandene Loch wieder zu stopfen. Falls das nicht geschieht, kann die Essenpreisfrage (gegenwärtig DM 1,1o) noch einmal akut werden, trotz der erhöhten Zuschüsse des Landes seit dem 1.1.62.

4.) Studentenwerksgesetz

Herr Paul: Anfang dieses Jahres fand auf Wunsch des hess. Kultusministers Schütte eine Besprechung statt, an der die Rektoren der hess. Hochschulen, die Leiter der Studentenwerke und Vertreter der Studentenausschüsse teilnahmen. Thema der Aussprache war das neue Studentenwerksgesetz. Der Grundgedanke des neuen Gesetzes ist, die Studentenwerke in Anstalten öffentlichen Rechts umzuwandeln. Wesentliche Änderungen des gegenwärtigen Status bringt das nur für Frankfurt, Gießen und Marburg. In Darmstadt ist das Studentenwerk bereits Anstalt öffentlichen Rechts. Wichtig ist, daß die Studentenwerke ihr Recht auf Selbstverwaltung behalten sollen.

Herr Schramm: Es ist ferner geplant, den Studentenwerksvorstand auf 5 Sitze zu erweitern. Hierdurch soll jedoch nicht erreicht werden, daß die Studenten vertreter im Vorstand überstimmt werden können. Es ist noch nicht klar, wer der 5. Mann sein soll. Es war hierbei die Rede von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Herr Mauritz: Bei der Reform ist angestrebt, daß die Studentenwerke Anstalten mit körperschaftlichem Charakter werden. Diese juristischen Verhältnisse sind gegenwärtig nicht klar geregelt, da die Studentenwerke zu einer Zeit gegründet wurden, als der Unterschied zwischen Anstalt öffentlichen Rechts und Körperschaft noch nicht klar fixiert war.

Herr Paul: Der Einfluß des Staates soll nach dem neuen Gesetz auf die Rechtsaufsicht beschränkt sein; die Studentenwerke verwalten sich selbst.

Herr Schramm: Die Entwürfe gegen das Gesetz kommen vor allem aus Frankfurt, da dort die gegenwärtigen Verhältnisse besonders ~~unklar~~ schwierig sind. Endgültige Ergebnisse werden erst in der nächsten Sitzung zu berichten sein.

5.) Gesamtdeutsche und internationale Politik des VDS.

Herr Schramm: verweist auf den Umdruck über die Ereignisse im VDS. Dieser Umdruck ist jedoch nur eine ungenügende Diskussionsgrundlage. Daher stellt Herr Schramm den Antrag, die Angelegenheit an einen politischen Ausschuß zu verweisen, der aus den Mitgliedern des Parlaments gebildet werden müsste. Hierdurch soll eine qualifizierte Diskussion im Parlament ermöglicht werden.

Antrag 1 des Vorstandes

D.P.m.b.

"Die Behandlung des Tagesordnungspunktes 5 wird zunächst an den zu bildenden Parlamentsausschuß verwiesen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist vorzuziehen, soweit dies die Bildung eines politischen Ausschusses betrifft."

Antrag 2 des Vorstandes

D.P.m.b.

"In den politischen Ausschuß des Studentenparlamentes der THD. werden die Herren Eckhardt, Mittelstaedt, Nosig, Lavies, Kümmel, Bredemeyer, Fueß, Hofmann, Glaser, Harries und Heyden berufen."

Herr Basedow: Der Ausschuß ist zu groß.

Herr Schramm: schlägt vor, die Fachschaftsleiter zu streichen.

Herr Mauritz: Man kann nicht in einem Antrag bereits die Kandidaten vorschlagen.

Abstimmung über Antrag 1.

19 : 0 : 0 angenommen.

Herr Mauritz: Bittet um andere Formulierung des Antrages 2. Die Kandidaten sollen vom Parlament nominiert werden.

Herr Rauck: Bittet als Auslandsreferent, zu dem Ausschuß hinzugezogen zu werden.

Herr Schramm: Begrüßt den Vorschlag von Herrn Mauritz und bittet um Vorschläge der Kandidaten. Der Ausschuß wird sehr genaue Unterlagen erhalten, so daß der Arbeitsaufwand sich für die Mitglieder des Ausschusses in erträglichen Grenzen halten wird.

Für den politischen Ausschuß werden folgende Herren nominiert:

Eckhardt, Mesig, Lavies, Kümmel, Fuß, Rauck, Völkel, Harries.

Abstimmung über Antrag 2.

17 : 0 : 2 angenommen.

Herr Harries bringt folgenden Antrag vor:

D.P.m.b.

"Der AStA-Vorstand wird vom Parlament beauftragt, zur Diskussion über die gesamtdeutsche und internationale Politik in der nächsten Parlamentssitzung Vertreter der politischen Parteien und einen Vertreter des VDS einzuladen."

Herr Harries: Begründet seinen Antrag mit der Hoffnung, daß dem Parlament durch sachkundige Diskussionsbeiträge dieser Herren die Zusammenhänge klarer werden.

Herr Liedgens: Begrüßt die Einladung eines Politikers.

Herr Rolfes: Bezweifelt die Zweckmässigkeit, Politiker einzuladen,

Herr Schramm: glaubt nicht, daß jemand kommt.

Herr Lavies: Es ist besser sich eine eigene Meinung zu bilden, als sich von einem Politiker einen Vortrag halten zu lassen, der bereits eine vorgefaßte Meinung hat.

Herr Paul: unterstützt Herrn Lavies. Man müßte dann schon Vertreter aller Parteien laden, die sich dann untereinander bekriegen würden.

Herr Schramm: Die Kostenfrage spielt auch eine Rolle.

Herr Lavies: Antrag auf Schluß der Debatte:

Abstimmung 17 : 0 : 1 angenommen.

Abstimmung über Antrag von Herrn Harries:

9 : 10 : 1 abgelehnt.

Punkt 6

Herr Przygodda: Leider sei die endgültige Bearbeitung des Haushaltes 1962 noch nicht abgeschlossen.

Herr Harries: Man solle diesen Punkt auf die nächste Sitzung vertagen.

Herr Schramm: Man solle den AStA noch in diesem Semester entlasten.

Herr Przygodda: Die Erledigung des Punktes sei in der nächsten ~~AStA~~ Parlaments Sitzung möglich, da die Bearbeitung bisher reibungslos verlaufen sei:

Abstimmung über den Vorschlag, den Punkt 6 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Abstimmung: 17 : 0 : 2.

Punkt 7

1. Lesung der Geschäftsordnung

Herr Mauritz: Der AStA der Amtsperiode 1960 habe die neue Geschäftsordnung verfasst, da einige Neuerungen notwendig gewesen seien, da der AStA nur noch reine Exekutivbefugnisse habe, während die Legislative ganz auf das Parlament übergegangen sei. So müsse die Tagesordnung vom Parlament festgelegt werden. Ferner sei in der alten Geschäftsordnung ein Unterschied zwischen Vollbeschlußfähigkeit (25%) und Normalbeschlußfähigkeit der Vollversammlung gemacht worden. Ein Teil der Paragraphen sei aus der Satzung übernommen worden.

Herr Schlechter: 2. Lesung der Satzung.

§ 1 u. § 2: Aus der Satzung übernommen.

§ 3:

Herr Harries: Bedenken gegen Absatz 2. Es sei unnötige Arbeit, die Leute zu kontrollieren. Es habe auch nicht jeder einen Studentenausweis dabei. Man solle nur kontrollieren, wenn sich Zweifel ergäben.

Herr Schramm: Aufgrund der bisherigen Erfahrung habe die Kontrolle ausgezeichnet funktioniert. Außerdem sollte ein Student normalerweise den Studentenausweis dabei haben.

zu Abs. 3: statt "geführt", müsse es heissen "die Kontrolle wird durchgeführt".

Herr Mauritz: Es sei allgemein üblich, zu kontrollieren. Die Geschäftsordnung zur Vollversammlung werde zudem ausgehängt, so daß ein jeder sich informieren könne.

Herr Fitjer: Man könne nur ordentlich Studierende der THD abstimmen lassen. Es müsse jedoch Öffentlichkeit vorhanden sein. Das mache aber keine Schwierigkeiten, da man die Gäste auf die Empore der Otto-Berndt-Halle führe.

Herr Rauk: Die Organisation der Kontrolle sei gewährleistet, da alle Parlamentsmitglieder anwesend sein sollten.

Abstimmung über § 3, Absatz 2 und 3.

16 : 3 : 0.

§ 4:

Herr Liedgens: 15% der Studenten sei als Beschlußfähigkeit zu hoch gegriffen. Dies sei allein schon aus Platzgründen der Fall. 400 Studenten, als Beschlußfähigkeit, reiche aus.

Herr Mauritz: Es sei besser eine Prozentzahl einzuführen. Denn die Zahl der Studierenden bleibe nicht konstant. Platzschwierigkeiten beständen kaum.

Herr Liedgens: Es bestehe die Gefahr, daß die Vollversammlung nicht beschlußfähig sei.

Herr Harries: Man könne die Grenze bei 18% ansetzen, denn andernfalls habe die Entscheidung den Behörden gegenüber kein Gewicht. Wenn die Beschlußfähigkeit in Frage gestellt sei, sei dies ein Armutszeugnis der Studenten.

Herr Schramm: 15% mache gewiß keinen guten Eindruck. Daher mache er den Vorschlag, als Grenze 600 Studenten anzusetzen.

Herr Möhrchen: Antrag auf Schluß der Debatte und Abstimmung über den Antrag 400 statt 15% zu schreiben.

Abstimmung: 18 : 0 : 0

Abstimmung über § 4: 14:3:1
" " " § 5: 18:0:8

§ 6:

Herr Schramm:

Frage zu Abs. 2:

Es bestehe Unklarheit bei der Formulierung"die Vollversammlung wird vom Vorstand des AStA und dem Präsidium vorgeschlagen."

Herr Lavies: Das Wort: "Präsidium" könne wegfallen.

Herr Schramm: Nachfolger könnten dann nicht ersehen, daß das Präsidium mitbeteiligt sei. Am besten heiße es: " das Präsidium der Vollversammlung."

Abstimmung über diesen Antrag:

19 : 0 : 0

§ 7: Abstimmung: 18 : 0 : 1

§ 8: " 19 : 0 : 0

§ 9: " 19 : 0 : 0

§ 10 u. § 11: Annahme durch Akklamation, da die beiden § aus der Satzung übernommen wurden.

§ 12: Abstimmung 19 : 0 : 0

§ 13: Annahme durch Akklamation.

§ 14: nach "gestellt werden" wurde eingefügt: "über Geschäftsordnungsanträge muß sofort abgestimmt werden. Statt "Parlamentsmitglied" heißt es "stimmberechtigtes Mitglied."

Abstimmungsergebnis 19 : 0 : 0.

§ 15: Absatz 1, es soll heißen "Präsidium" statt "Protokollführer".

Herr Liedgens: Abs. 2. Stellt das Präsidium eindeutige Mehrheitsverhältnisse fest, so kann eine Auszählung der Stimmen unterbleiben.

Dadurch werden Absatz 2 zu Absatz 3 und Absatz 3 zu Absatz 4.

Herr Harries: zu Abs. 3: statt "kann der Verhandlungsleiter . . ." müsse es "muß der Verhandlungsleiter . . ." heissen.

Herr Lavies: Bei der Vollversammlung solle man die "Stimmenthaltungen" zwischen "Ja-Stimmen" und "Nein-Stimmen" nehmen. Es könne im Interesse des Präsidiums sein, den Verhandlungspunkt schnell abzuschliessen.

Herr Schramm: Ein jeder könne darauf hinweisen, den Tagesordnungspunkt noch nicht abzuschliessen.

Abstimmung über § 15: 18 : 0 : 1

§ 16 und § 17: aus der Satzung übernommen.

§ 18:

Herr Lavies: Vorschlag bei der Sitzung ein Tonband abspielen zu lassen.

Herr Fitjer: Hinweis, daß Tonbandaufnahmen nicht als Unterlagen anerkannt werden.

Herr Harries: zu Absatz 2: statt "durch Aushang bekannt gemacht . . ." "ausgehängt".

Abstimmung: 18 : 0 : 1

§ 19:

Herr Fitjer: Es muss heissen: " . . . entscheidet der Ältestenrat".

Abstimmung: 19 : 0 : 0

§ 2o: Abstimmung: 18 : 0 : 1

§ 21: Abstimmung: 18 : 0 : 1

3. Lesung der Satzung

Abstimmung über die gesamte Geschäftsordnung.

19 : 0 : 0

8.) Parlamentsausschüsse

Herr Schramm: Für die Intensivierung der Parlamentsarbeit ist es empfehlenswert, für bestimmte Problemkreise Parlamentsausschüsse zu bilden, die sich in einem kleineren Rahmen mit den Fragen auseinandersetzen und dem Parlament eine Diskussionsgrundlage geben können. Einige Ausschüsse bestehen bereits: Wahlausschuß (bestehend aus den Fachschaftsleitern), politischer Ausschuß (s. Punkt 5!), Ausschuß für Hochschulreform. Zur Ausrichtung des Hochschulfestes ist ein Hochschulfestausschuß erforderlich; der Vorstand legt folgenden Antrag vor:

D.P.m.b.

"Die Herren Schütz und Lavies werden als Mitglieder des Hochschulfestausschusses benannt. Herr Schütz zeichnet für die Gesamtdurchführung des Hochschulfestes verantwortlich.

Die Hinzuziehung von Mitarbeitern für Dekoration, Filmvorführungen und dgl. obliegt den Hauptverantwortlichen. Der Vorstand ist über die laufenden Vorbereitungen zu informieren."

Herr Schramm: Es ist ferner daran gedacht, den Hauptmitarbeitern eine Entschädigung zu zahlen (z.B. je 1oo,- DM oder allen zusammen insgesamt 1o% des Nettoüberschusses).

Herr Bub: Was geschieht, wenn beim Hochschulfest ein Defizit gemacht wird ?

Herr Schramm: Es wird kein höheres Risiko eingegangen, das höher ist als das Polster des Hochschulfestkontos.

Herr Schütz: Die Unkosten betragen ungefähr DM 8ooo,—bis 9ooo,—. Die Einnahmen aus dem Kartenverkauf betragen mindestens DM 8ooo,-, so daß höchstens ein Defizit auftreten kann, was aber unwahrscheinlich ist.

Herr Harries: Man sollte die Mitglieder des Parlaments fragen, ob sie zur Mitarbeit beim Hochschulfest bereit sind.

Fräulein Nagel: ist dazu bereit.

Herr Möhrchen: Könnten die Steuervergünstigungen für das Hochschulfest wegfallen, wenn eine Entschädigung an die Hauptverantwortlichen gezahlt wird?

Herr Rolfes: Es handelt sich um eine Aufwandsentschädigung und nicht um eine Bezahlung.

Herr Schramm: tritt für die Ehrenamtlichkeit jeder Betätigung im AStA ein. Das Hochschulfest gehört jedoch nicht mehr zu den ureigenen Aufgaben des AStA, und deshalb ist es gerechtfertigt, die Herren irgendwie zu entschädigen. Es ist dies auch ein kleiner Anreiz, da es erfahrungsgemäß schwer ist, jemanden zu finden, der ein solches Fest organisiert.

Herr Schramm: stellt Antrag auf Schluß der Debatte.

Herr Mauritz: empfindet diesen Antrag als diktatorische Maßnahme, durch die die Diskussion über diesen Punkt abgewürgt werden soll. In den vergangenen Jahren sei auch keine Aufwandsentschädigung gezahlt worden. Man sollte sich darum bemühen, daß jede Arbeit im AStA ehrenamtlich erfolgt und dieses Prinzip nicht durchbrechen. Es sei eine Brüskierung des alten Vorstandes, wenn diese Haltung des Vorstandes nachträglich durch den neuen Vorstand korrigiert werde, wie das in Punkt 2 der Tagesordnung geschehen sei.

Abstimmung über Antrag auf Schluß der Debatte:

1 : 15 : 2 abgelehnt.

Herr Schramm: hat keine diktatorischen Absichten. Es wäre die Aufgabe des Vorstandes 1961 gewesen, die Frage der Entschädigungen für die Hochschulfestorganisatoren 1961 zu regeln. Der Vorstand 1962 habe nur äussert ungern die Angelegenheit noch einmal aufgegriffen, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß die verschnupften Mitarbeiter von 1961 auch 1962 wieder mittun.

Herr Lavies: Es kommt darauf an, daß die Leute, die die Hauptverantwortung haben, irgendwie entschädigt werden, genauso wie auch die eingestellten Hilfskräfte eine Bezahlung erhalten.

Herr Harries: Es besteht offensichtlich die Tendenz, ehrenamtliche Arbeit durch bezahlte zu ersetzen. Diese Tendenz lehnae er grundsätzlich ab. Wenn sich jedoch niemand findet, der das Hochschulfest ehrenamtlich organisiert, müsse man sich zu einem Kompromiß bereit finden. Fragt die Herren Schütz und Lavies, ob sie auch ohne Bezahlung bereit sind, die Verantwortung für das Hochschulfest zu übernehmen.

Herr Schütz: Ist schon bereit gewesen, als von einer Entschädigung noch nibht die Rede war. Eine Entschädigung erleichtere ihm jedoch vieles.

Herr Schramm: Stellt Antrag auf Schluß der Debatte.

Abstimmung über den Antrag des Vorstandes.

13 : 3 : 3 angenommen.

Präsident: Zur Frage der Entschädigung der Hauptverantwortlichen für das Hochschulfest ist folgender Antrag des Vorstandes (Liedgens) eingegangen.

D.P.m.b.

"Den Hauptverantwortlichen für die Organisation wird eine Entschädigung gewährt".

Abstimmung: 11 : 4 : 3 angenommen.

Zur Frage der Weiterarbeit des seit 2 Jahren bestehenden Hochschulausschusses verliest der Präsident einen Antrag des Vorstandes:

D.P.m.b.

"Herr Sporleder wird zum 2. Referenten für Hochschul- und Bildungsfragen gewählt".

Herr Bub: (Referent für Hochschul- und Bildungsfragen): hat aus persönlichen Gründen keine Zeit, die Arbeit allein zu übernehmen; Herr Sporleder hat sich bereit erklärt, die Arbeit mit ihm zu teilen.

Sporleder: Stellt sich vor, man nimmt die Kandidatur an.

Abstimmung: 13 : 0 : 5 angenommen.

9.) Verschiedenes

Herr Schramm: Es stehen folgende Punkte an:

a.) Rücktritt von Herrn Jourdan, Nachrücken von Herrn Flagge
b.) Resolution zu den Zwischenfällen in Persien
c.) Bericht über den Geschäftsbetrieb im AStA.

Herr Heyden: Herr Jourdan, der nicht anwesend ist, kann aus persönlichen Gründen seinen Pflichten als Parlamentsmitglied nicht nachkommen. Herr Flagge, der als nächster auf der Kandidaturliste der letzten Wahl steht, ist bereit, das Mandat von Herrn Jourdan zu übernehmen. Eine schriftliche Erklärung des Rücktrittes von Herrn Jourdan wird nachgeliefert.

Flagge stellt sich vor; ist bereit mitzuarbeiten.

Das Parlament bestätigt den Wechsel einstimmig.

Herr Mohamadian (Persien): berichtet über die jüngsten Vorfälle in Persien, bei denen auf demonstrierende Studenten geschossen worden sei und die Universität geschlossen wurde. Er bittet das Parlament um Annahme einer Resolution gegen die Persiche Regierung.

Herr Paul: Es ist nicht möglich, zu diesem Zeitpunkt aufgrund der widersprüchlichen Pressemeldungen eine Resolution zu fassen.

Herr Sporleder: Wenn man in diesem Fall die persischen Studenten unterstützt, müsse man sich evtl. auch mit heissen Eisen anderer Länder auseinandersetzen.

Herr Mohamadian: Die Situation ist völlig klar; die Regierung bezeichnet jede freiheitliche Äußerung als Kommunismus und unterdrückt sie mit brutalen Mitteln. Schließung der Universität, die Verhaftung und Tötung von Studenten seien Gewaltmaßnahmen, gegen die man protestieren müsse.

S c h l u s s :

Es wird ein Antrag vorgelegt mit dem Wortlaut:

D.P.m.b.

" Die Studentenschaft der THD verfolgt seit langer Zeit mit Besorgnis die politische Entwicklung in Persien und steht mit voller Sympathie hinter den Bestrebungen der persischen Studentenschaft, die demokratischen Freiheiten und Grundrechte in ihrem Land durchzusetzen. Sie verurteilt Gewaltmaßnahmen, die die Freiheit an den Universitäten unterdrücken, das Leben unserer persischen Kommilitonen gefährden und ihre menschliche Würde verletzen."

gezeichnet: Eckhardt, Kümmel, Rauck.

Herr Schramm: stellt Antrag auf Schluß der Debatte.

Abstimmung 16 : 0 : 0 angenommen.

Abstimmung über den Antrag:

16 : 0 : 6 angenommen.

Herr Mohamadian: dankt dem Parlament für sein Vertrauen und die Hilfe für seine persischen Kommilitonen.

Herr Schramm: berichtet, daß für den 1. April eine neue Schreibkraft eingestellt wurde, die unsere Erwartungen hoffentlich erfüllen wird.

Die Parlamentsmitglieder mögen sich bereit finden, den Geschäftsverkehr im AStA durch ihre aktive Mitarbeit zu unterstützen, damit man Frau Arnold etwas entlasten könne.

Der Präsident schließt die Sitzung um 23 Uhr.

- . - . - . -

Darmstadt, den 3.2.1962

Schramm
(für den Vorstand) (Parlamentspräsident)

Oskar Rust
(für das Protokoll)